

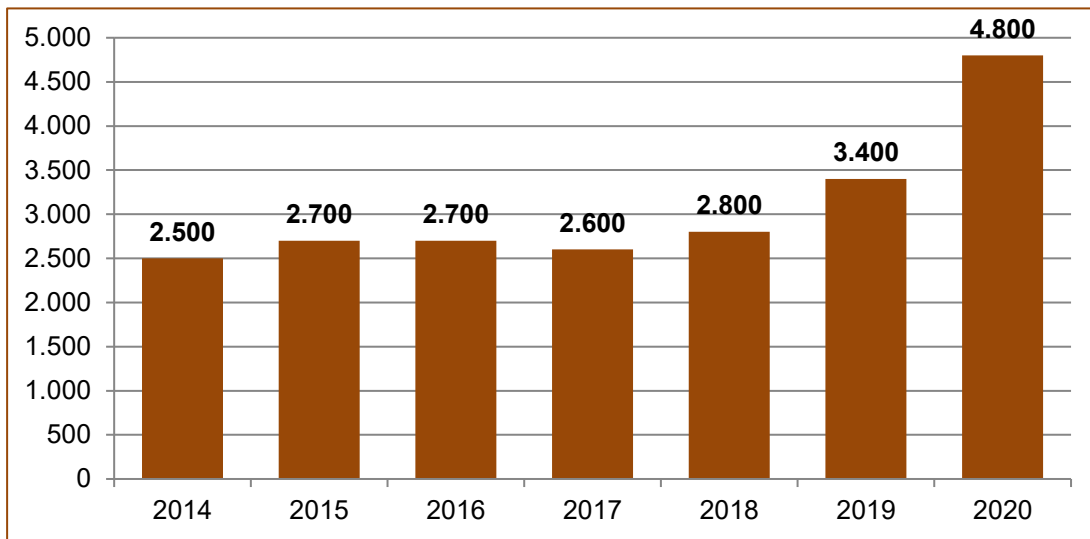
Inhaltliche Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse in den Phänomenbereichen Links- und Rechtsextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter, Islamismus und sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug

I. RECHTSEXTREMISMUS

A. Personenpotenzial

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Sachsen belief sich im Jahr 2020 auf insgesamt 4.800 Personen. Es stieg damit im Vergleich zum Vorjahr (2019: 3.400) erneut stark an. Hintergrund für diese Entwicklung ist die hohe Anzahl von Anhängern der Sammelbewegung DER FLÜGEL in Sachsen (2020: 1.400 Mitglieder). DER FLÜGEL ist ein verfassungsfeindlicher Personenzusammenschluss innerhalb der nicht-extremistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) und seit dem 12. März 2020 Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



bundesweit 2020: 33.300¹

Das rechtsextremistische Personenpotenzial wird bundesweit nach seinem jeweiligen Organisationsgrad erfasst. Dieses Kategoriensystem untergliedert sich dementsprechend in die Bereiche:

1. **parteigebundener Rechtsextremismus,**
2. **parteungebundene rechtsextremistische Strukturen und**
3. **unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.**

¹ Die angegebenen Werte sind teilweise geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor. Die Gesamtzahl ergibt sich rechnerisch unter Abzug von hier bekannten Doppelmitgliedschaften.

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen nach Organisationsgrad gegliedert

Rechtsextremistische Parteien ²	Parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen	Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial ⁷
2020: ca. 1.830 ³ 2019: ca. 415 ⁴	2020: ca. 970 ⁵ 2019: ca. 1.030 ⁶	2020: ca. 2.000 2019: ca. 2.000

DER FLÜGEL 2020: ca.1.400	NEONATIONALSOZIALISTEN 2020: ca. 600 2019: ca. 610
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) 2020: ca.250 2019: ca. 250	SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN (in Strukturen) 2020: ca. 310 2019: ca. 320
JUNGE NATIONALISTEN (JN) 2020: ca. 40 2019: ca. 30	IDENTITÄRE BEWEGUNG 2020: ca. 40 2019: ca. 40
DER DRITTE WEG 2020: ca. 140 2019: ca. 130	PRO CHEMNITZ 2020: ca. 20 2019: ca. 15

Von den rund 4.800 Rechtsextremisten werden in Sachsen ca. 1.700 als gewaltorientiert eingestuft (2019: 2.000, 2018: 1.500). Zu den gewaltorientierten Rechtsextremisten zählen Personen, die Gewalt befürworten, die Anwendung von Gewalt unterstützen oder gewaltbereit bzw. als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind. Hintergrund des Rückgangs ist die im langfristigen Vergleich sinkende Zahl der von Rechtsextremisten in Sachsen verübten Gewalttaten.

Zu berücksichtigen ist jedoch, dass das Berichtsjahr 2020 durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie wesentlich geprägt war. So fanden Großereignisse, welche regelmäßig rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten nach sich ziehen, nicht oder jedenfalls nicht im üblichen Umfang statt. Auch dieser Umstand wirkt sich auf die Gesamtzahl der von Rechtsextremisten in Sachsen verübten Gewalttaten aus, ohne dass aus ihm generell auf eine

² Die Partei DIE RECHTE verfügt über keine Strukturen im Freistaat Sachsen.

³ einschließlich Mehrfachmitgliedschaften NPD /JN

⁴ einschließlich Mehrfachmitgliedschaften NPD / JN

⁵ einschließlich Mehrfachmitgliedschaften

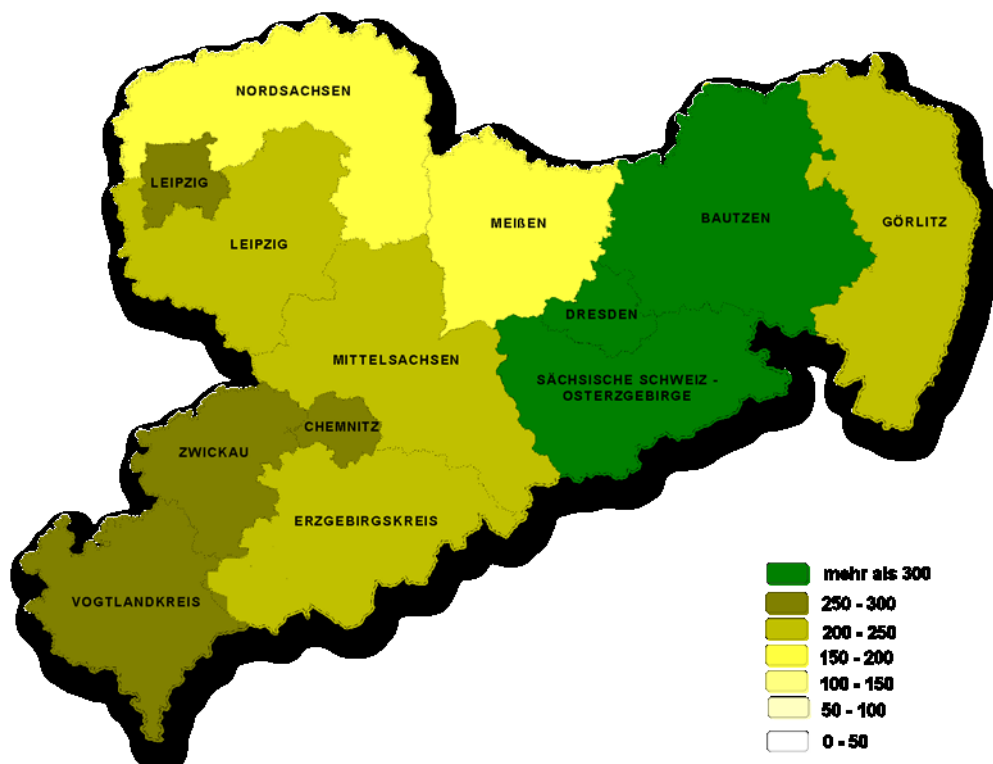
⁶ einschließlich Mehrfachmitgliedschaften

⁷ Dem weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial werden Rechtsextremisten zugeordnet, die keiner Partei oder Organisation zugerechnet werden können, wie beispielsweise rechtsextremistische Straf- und Gewalttäter.

Verringerung der Gewaltbereitschaft geschlossen werden kann. Zum einen begehen Rechtsextremisten nach wie vor Gewalttaten, und es sind auch weiterhin Strukturen gewaltbereiter Rechtsextremisten festzustellen. Zum anderen muss konstatiert werden, dass viele Gewalttaten, die im Zusammenhang mit Anti-Corona Demonstrationen zu verzeichnen waren, bislang keinem Phänomenbereich zugeordnet werden konnten.

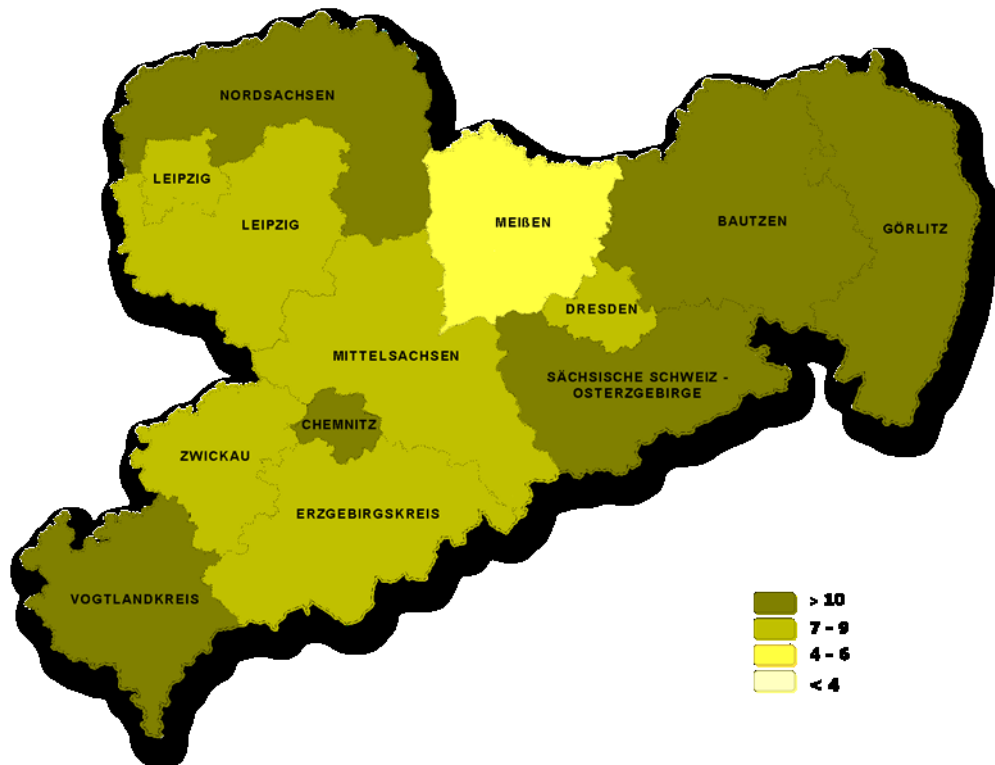
Die Bedeutung dieser Veranstaltungen für die rechtsextremistische Szene und ggf. stattfindende Radikalisierungsverläufe, auch in den Rechtsextremismus hinein, werden sich erst mittelfristig zeigen. Gleichwohl ist aber auch im langfristigen Trend seit dem Jahr 2015 eine rückläufige Entwicklung der von Rechtsextremisten in Sachsen verübten Gewalttaten feststellbar, welche nicht auf pandemiebedingte Auswirkungen zurückgeführt werden kann (2020: 73; 2019: 66; 2018: 138; 2017: 95; 2016: 145; 2015: 201).

Rechtsextremistisches Personenpotenzial in den Landkreisen und kreisfreien Städten in absoluten Zahlen⁸



⁸ Ohne Anhänger DER FLÜGEL; eine Zuordnung der Anhänger dieses in die einzelnen Landkreise bedarf einer fundierten Analyse ihres Personenpotenzials und kann daher im Berichtsjahr 2020 noch nicht erfolgen.

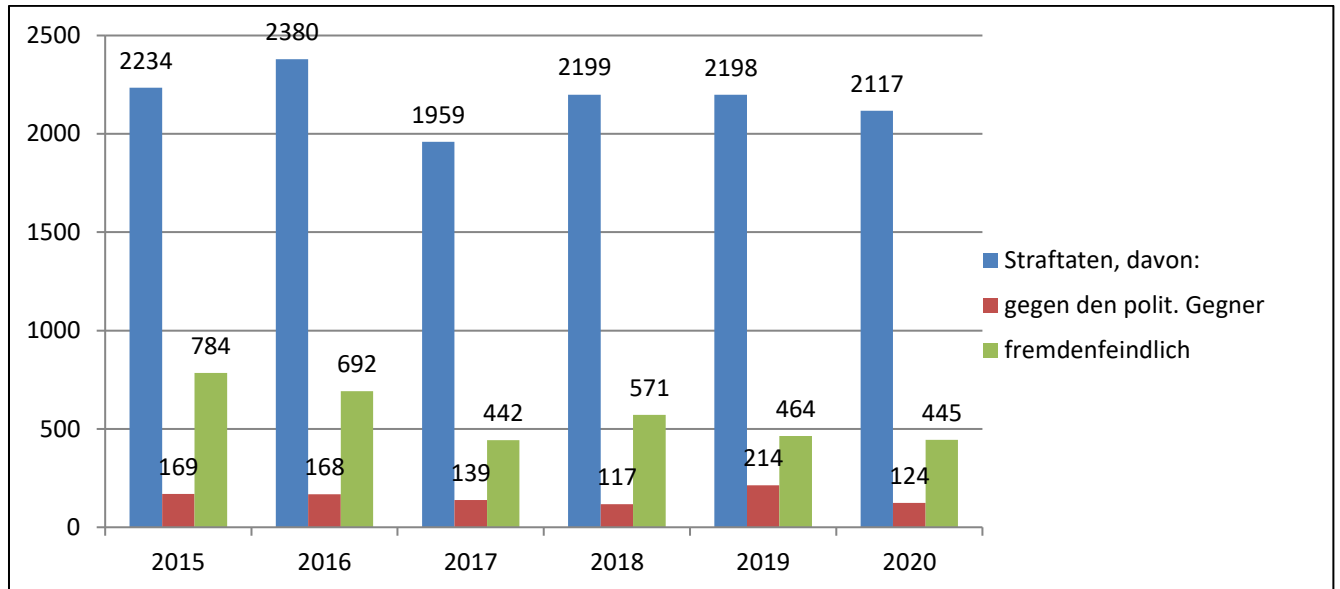
Rechtsextremistisches Personenpotenzial in den Landkreisen und kreisfreien Städten je 10.000 Einwohner⁹



⁹ Ohne Anhänger DER FLÜGEL

B. Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Rechtsextremistische Straftaten insgesamt

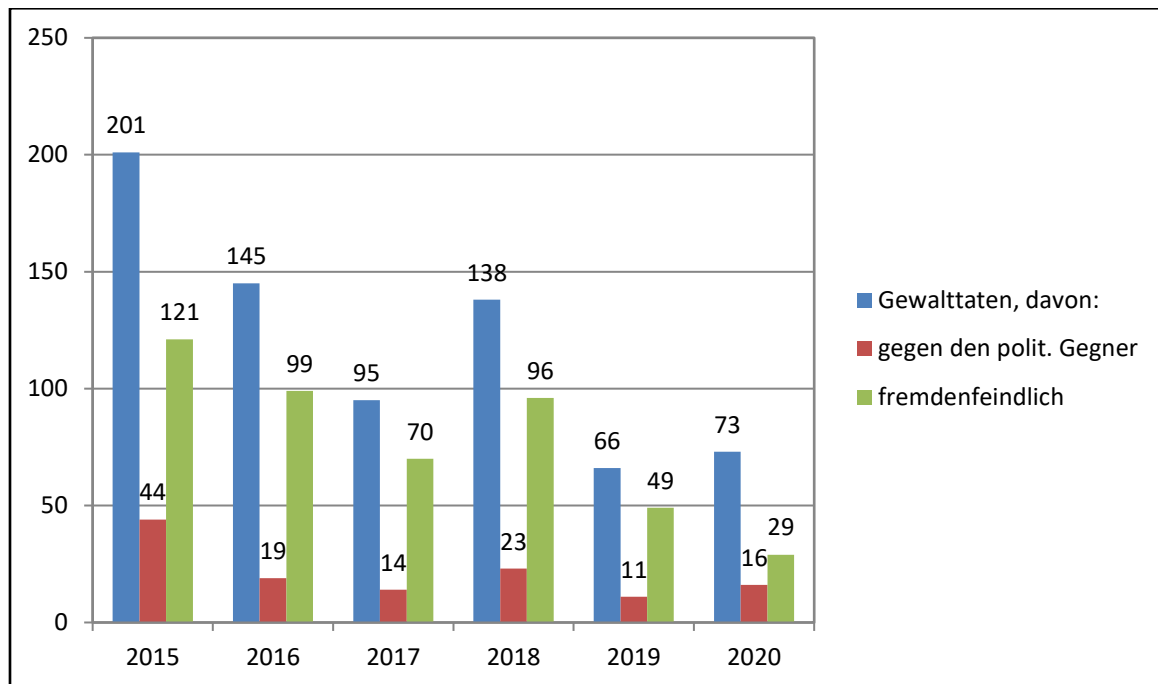


Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund stagnierte – wenn auch leicht rückläufig – auf dem Niveau des Vorjahres.

Während die Straftaten gegen den politischen Gegner im Wahljahr 2019 im Fünfjahresvergleich einen Höchststand erreichten, sank die Zahl der entsprechenden Taten im Berichtszeitraum wieder auf einen ähnlichen Wert wie in den Vorjahren. Auch die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten sank in 2020 leicht.

Der Anteil der Propagandadelikte ist nach wie vor sehr hoch und lag bei 76 % aller Straftaten. Dies ist ein gegenüber dem Vorjahr (74 %) fast unveränderter Wert.

Rechtsextremistische Gewalttaten¹⁰ als Teilmenge der Straftaten



Wenngleich die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen ist, so entspricht sie doch dem Niveau vor Beginn der Asylthematik im Jahr 2014. Der Anteil der Gewalttaten am Gesamtaufkommen der Straftaten hat sich mit 3,5 % leicht erhöht (2019: 3 %). Zu Spitzenzeiten im Jahr 2015 hatte dieser Anteil bei 9 % gelegen.

Obwohl die Asylthematik für Rechtsextremisten weiterhin eine hohe Bedeutung hat, sank der Anteil der fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten auf ca. 40 % aller Gewaltstraftaten (Vorjahre: 60 bis 75 %).

Dagegen stieg der Anteil der rechtsextremistischen Gewalttaten gegen Polizisten von ca. 7,5 % (2019) auf ca. 29 % deutlich an. Sowohl der Rückgang der fremdenfeindlichen Gewalttaten als auch der massive Anstieg bei Gewalttaten gegen Polizeibeamte dürfte mit dem Corona-Protestgeschehen zusammenhängen.

Unter den Gewalttaten befinden sich 48 Delikte der einfachen und gefährlichen Körperverletzung. Dieser hohe Anteil zeigt, dass sich rechtsextremistische Aggression primär durch körperliche Gewalt gegen andere Menschen entlädt.

¹⁰ Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst u. a. Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch und Widerstandsdelikte; siehe hierzu auch unter www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts.html (Stand: 7. Juni 2021)

Regionale Verteilung

Die regionale Verteilung der politisch motivierten Straf- und Gewalttaten stellte sich im Jahr 2020 wie folgt dar:

	rechtsextremistische Straftaten			darunter Gewalttaten		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Leipzig (Stadt)	218	251	277	9	7	18
Dresden (Stadt)	359	366	294	30	16	19
<u>Region Westsachsen</u>						
Chemnitz-Stadt	306	171	150	43	8	6
Vogtlandkreis	107	97	90	7	2	1
Lkr. Zwickau	183	127	163	6	5	6
Erzgebirgskreis	116	120	148	0	2	2
<u>Region Mittelsachsen</u>						
Lkr. Mittelsachsen	159	150	100	5	5	2
Lkr. Meißen	63	94	89	2	0	0
Lkr. Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	127	115	131	5	5	7
<u>Region Ostsachsen</u>						
Lkr. Bautzen	134	187	165	5	4	2
Lkr. Görlitz	168	197	165	4	2	4
<u>Region Nordsachsen</u>						
Lkr. Leipzig	122	183	185	8	6	4
Lkr. Nordsachsen	137	140	113	14	5	2
Freistaat Sachsen	2.199	2.198	2.070	138	66	73

C. Wesentliche Entwicklungen im Berichtsjahr 2020

Ausbau der Anschlussfähigkeit von rechtsextremistischen Ideologieelementen an nicht-extremistische Personenkreise / Zunehmende Bedeutung der sozialen Medien für die Vernetzung und damit einhergehende schwindende Bedeutung fester, rechtsextremistischer Strukturen

Vom Rechtsextremismus geht bundesweit und insbesondere auch im Freistaat Sachsen weiterhin die größte Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung aus. Die verstärkte Nutzung sozialer Medien sowie von Messenger-Diensten und die damit verbundenen überregionalen Vernetzungen führen zu einer anlassbezogenen hohen Reaktions- und Mobilisierungsgeschwindigkeit im rechtsextremistischen Spektrum. Zudem ist eine weitere Radikalisierung festzustellen. Rechtsextremisten bestärken einander zunehmend in geschlossenen Chat-Gruppen in den sozialen Medien in ihren Überzeugungen und entwickeln dort Revolutions- und Verschwörungsphantasien. Damit einhergehend ist eine immer weiter sinkende Hemmschwelle zur Gewaltanwendung zu konstatieren. Die Verfassungsschutzbehörden stehen daher vor einer veränderten Gefährdungslage, zumal feste Strukturen wie beispielsweise Parteien, subkulturell geprägte Kameradschaften und neonationalsozialistische Gruppierungen für die Vernetzung und Rekrutierung neuer Anhänger vor dem Hintergrund der oben geschilderten Entwicklungen zunehmend an Bedeutung für die Szene verlieren.

Gewaltbereite Kleingruppen oder Einzeltäter ohne Bindung an feste Strukturen bilden eine Seite der Herausforderung, eine bei Versammlungen unterbleibende bzw. unzureichende Distanzierung der gesellschaftlichen, nicht-extremistischen Mitte von Rechtsextremisten die andere Seite. Der Aufgabenschwerpunkt des Verfassungsschutzes wird sich infolgedessen noch weiter auf die Analyse von rechtsextremistischen Aktivitäten im Internet verlagern. Durch die von dort ausgehende gezielte Einflussnahme auf die Meinungsbildung, auch von nicht-extremistischen Personenkreisen, ist hier ein neuer und für die Verfassungsschutzbehörden insgesamt schwerer „greifbarer“ bzw. analysierbarer Typus extremistischer Bestrebungen entstanden.

So werden Fake News ebenso im Internet und den Sozialen Medien verbreitet wie Ressentiments und Hass gegen Andersdenkende sowie Drohungen gegen Amts- und Mandatsträger. Die Corona-Beschränkungen und das damit einhergehende Protest-Geschehen machten diese Entwicklung – insbesondere auch das „Einsickern“ rechtsextremistischer Ideologieelemente, wie beispielsweise von Verschwörungstheorien, in nicht-extremistische Milieus sowohl in der virtuellen wie der realen Welt – erneut deutlich. Eine ähnliche Entwicklung verzeichnete das LfV Sachsen zuletzt im Zuge der Asylthematik der Jahre 2015 und 2016. Rechtsextremisten missbrauchen also weiterhin die Sorgen und Ängste sowie Wut und Frust von Teilen der gesellschaftlichen Mitte gegenüber den von der Bundes- und Landesregierung getroffenen Entscheidungen ganz gezielt für ihre verfassungsfeindlichen Zwecke.

Konzerte sind und bleiben szenerelevant

In Bezug auf die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts, die Einstiegsmöglichkeiten in die rechtsextremistische Szene und den Ausbau überregionaler bis internationaler Vernetzungen wird die rechtsextremistische Musikszene weiterhin eine bedeutende Rolle einnehmen. Im Berichtsjahr führte die rechtsextremistische Szene während der Lockerungen der Corona-Beschränkungen umgehend wieder Konzerte und Liederabende durch. Im Ergebnis wurden mit 14 Konzerten nur 10 Konzerte weniger als 2019 veranstaltet. Diese Zahl verdeutlicht die nach wie vor hohe Bedeutung von Konzerten für die rechtsextremistische Szene.

Sobald die Entwicklung der Corona-Pandemie es erlaubt, mit ihr einhergehende Beschränkungen wegfallen und größere Veranstaltungen wieder erlaubt sind, werden auch wieder Musikveranstaltungen mit „Event-Charakter“ stattfinden. Schließlich sind insbesondere solche, größere Teilnehmerzahlen anziehende Veranstaltungen für die Pflege rechtsextremistischer Netzwerke, die „Rekrutierung“ neuer, sich für die Ideologie begeisternder Personenkreise und das gemeinsame Freizeiterleben sehr bedeutend.

Voraussetzung für die Durchführung solcher Veranstaltungen ist das Vorhandensein von Immobilienobjekten, wie beispielsweise das seit dem Jahr 2008 für rechtsextremistische Konzerte genutzte Objekt in Torgau OT Staupitz sowie das für Großveranstaltungen genutzte Objekt in Ostritz.

Bedeutung des Kampfsports

Die Bedeutung des Kampfsportes ist für die rechtsextremistische Szene in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Kampfsport hatte somit auch im Berichtsjahr für die Akteure, neben den Konzerten, eine wichtige Rekrutierungsfunktion. Mittlerweile existiert ein europaweites Netzwerk unterschiedlicher Kampfsportlabels, Bekleidungsvertriebe und Veranstaltungsorganisatoren. Nach den Veranstaltungsverböten im Oktober 2019 in Ostritz und im März 2020 in Neuensalz OT Zobes sowie der Auflösung einer Veranstaltung im September 2020 in Magdeburg müssen sich die Organisatoren der Kampfsportevents neu aufstellen. Kampfsportveranstaltungen werden aber ihre große Bedeutung für die Szene beibehalten. Daher rechnet das LfV Sachsen auch künftig fest mit der Durchführung weiterer Veranstaltungen, ggfs. auch als Online-Streams.

Ansiedlungen von Rechtsextremisten in Mitteldeutschland

Seit Februar 2020 wirbt die "Initiative Zusammenrücken" insbesondere auf ihrem Telegramkanal sowie über verschiedene rechtsextremistische Publikationen für die Ansiedlungen von Rechtsextremisten in "Mitteldeutschland". In diesem Zusammenhang beobachtet das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen verstärkt auch Ansiedlungen von Rechtsextremisten im Raum Leisnig im Landkreis Mittelsachsen. In der Stadt selbst, aber auch in umliegenden Gehöften, haben sich den Erkenntnissen des LfV zufolge in den vergangenen Jahren Rechtsextremisten mit ihren Familien angesiedelt.

Sie kommen nicht nur aus Sachsen, sondern u.a. auch aus Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Sie zählen zur Neonazi-Szene, manche von ihnen gehören dem parteigebundenen rechtsextremistischen Spektrum an. Auch ehemalige Mitglieder der im Jahr 2009 verbotenen neonazistischen 'Heimattreuen Deutschen Jugend' zählen dazu. Über die Jahre sind diese Verbindungen bestehen geblieben, man bleibt der Szene und ihren verfassungsfeindlichen Zielen treu. Die extremistischen Vorstellungen werden innerhalb von sogenannten 'Siedlungsgemeinschaften' an die nächsten Generationen weitergegeben. Ziel ist es, einen an rassistischen und völkischen Ideen orientierten Lebensentwurf zu verwirklichen, der ein Zeichen gegen die von der Szene empfundene "Überfremdung" durch die Zuwanderer setzen soll.

Dieses Ansinnen verdeutlicht insbesondere die Aussage eines Protagonisten der "Initiative Zusammenrücken". Er hält Sachsen für ein ideales Gebiet für das Vorhaben, da *"man hier noch als richtiger Deutscher akzeptiert werden würde und anschließend als Volk in Ruhe wieder wachsen könne. Aufgabe sei es, (...) uns zu bewahren und nicht zerstören zu lassen."*

Geworben wird mit den in Ostdeutschland vorherrschenden günstigen Standortfaktoren wie preiswertem Wohnraum, niedrigen Immobilienpreisen, ländlicher Abgeschiedenheit mit geringen Zuwandererzahlen, einem günstigen Arbeitsmarkt und einer modernen infrastrukturellen Grundversorgung auch auf dem Lande. Hintergrund für die Umzüge ist zudem eine unterstellte, leichtere Anschlussfähigkeit ihrer Ideologie an das gesellschaftliche Umfeld.

Die zugezogenen Familien wollen den Zusammenhalt von "politischen Familien" festigen, indem ihre Kinder zusammen spielen und die jährlichen Szene-Feste der Szene gemeinsam feiern. *"...Dass wir alle Sachen gemeinschaftlich machen und in der Gemeinschaft leben und die Kinder auch gemeinschaftlich groß werden mit unseren Idealen und Traditionen."* (Auszug aus einem Interview der "Initiative Zusammenrücken" unter dem Titel "erik von hessen nach sachsen")

Die Siedlungsprojekte können zudem als ein weiteres Indiz für die aktuellen Vernetzungsbestrebungen innerhalb der rechtsextremistischen Szene gewertet werden.

Bei den "Zugezogenen" handelt es sich, wie auch oben bereits kurz dargestellt, um einzelne Rechtsextremisten, die teilweise auch mit ihren Familien - wie in Leisnig - hierher verzogen sind. Sie kommen aus unterschiedlichen Regionen im Bundesgebiet, so unter anderem aus Mecklenburg-Vorpommern sowie, wie eingangs erwähnt, aus Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. In Chemnitz sind hingegen Zuzüge größtenteils aus Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Die Umzüge nach Chemnitz dürften auf die in den vergangenen Jahren gewachsenen guten Kontakte zwischen der rechtsextremistischen Szene in Dortmund und Chemnitz zurückzuführen sein. Die zugezogenen Rechtsextremisten integrieren sich daher schnell in die örtlichen Strukturen der rechtsextremistischen Szene.

D. Rechtsextremisten sowie „Reichsbürger“ und Corona

Es befanden sich im Berichtsjahr in zunehmendem Maße auch Rechtsextremisten und vor allem Personen, die zur Reichsbürgerszene zählten, unter den Protestlern. Die Corona-Pandemie spielte vor allem im rechtsextremistischen Diskurs eine ganz zentrale Rolle.

Die Szene hatte über die sozialen Medien mit dem Ziel der Mobilisierung der Gesellschaft eine Vielzahl an Falschmeldungen, Verschwörungstheorien und Desinformationen verbreitet. Sie

unternahm dabei den Versuch, die in Teilen der Bevölkerung vorhandene Skepsis an den Corona-Beschränkungen für sich zu instrumentalisieren.

Indem sie die teilweise vorhandene Auffassung aufgriff, die getroffenen Schutzmaßnahmen seien unverhältnismäßig und dienten allein einer Einschränkung der Grundrechte, ging es der rechtsextremistischen Szene nicht um sachliche Kritik, sondern allein darum, das staatliche Handeln in seiner Gesamtheit zu delegitimieren. Sie bediente sich dabei eingängiger und leicht verständlicher Narrative, wie z. B. der Theorie, eine jüdische Elite habe das Virus künstlich geschaffen und die Pandemie bewusst hervorgerufen. Es handele sich um eine Biowaffe, die insbesondere alte Personen mit vorwiegend weißer Hautfarbe töten solle, um die Sozialsysteme zu entlasten. Auf diese Weise solle der schon lange geplante Bevölkerungsaustausch der weißen Mehrheitsbevölkerung zugunsten der muslimischen Einwanderer endlich umgesetzt werden.

Akteuren der rechtsextremistischen Szene und auch der Reichsbürgerszene bot die Pandemie damit einen geeigneten Nährboden, um ihre staatskritische bzw. verfassungsfeindliche Haltung in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken.

Dabei versuchten sie, parteipolitisch neutrale bzw. unverfängliche Veranstaltungen für eigene Interessen zu instrumentalisieren und an den gesellschaftlichen Diskurs der bürgerlichen Mitte anzudocken. Hierzu bediente sich die rechtsextremistische Szene verschiedener Narrative bis hin zu gängigen Verschwörungstheorien. Vermeintliche Impfpflichten sowie eine unverhältnismäßige Beschneidung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit wurden in das extremistische Agitationsfeld integriert und sollten im heterogenen Teilnehmerfeld der Proteste auf ihre Anschlussfähigkeit an die gesellschaftliche Mitte ausgetestet werden. Die rechtsextremistischen Akteure waren sich der Wirkungsmacht einer mobilisierungsfähigen Gesellschaft grundsätzlich bewusst und deshalb darum bemüht, die Gesellschaft dahingehend zu aktivieren, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen und auf diese Weise eine neue Protestbewegung zu implementieren. Damit verfolgten sie im Jahr 2020 das vordergründige Ziel, die Bevölkerung für ihre Themen und Gruppierungen bzw. Parteien zu gewinnen.

Im Berichtsjahr bestanden jedoch keine gesicherten Anhaltspunkte dafür, dass rechtsextremistische Akteure eine dominante Rolle innerhalb der Anti-Corona-Protestveranstaltungen einnahmen. Diese wurden von ihnen weder umfassend beeinflusst noch strukturell unterwandert. Andererseits ist es unbestritten, dass krude Verschwörungsnarrative und extremistische Einstellungen im Jahr 2020 eine „unheilige“ Allianz eingegangen sind. Gefährlich war vor diesem Hintergrund, dass innerhalb dieser heterogenen, zivildemokratischen Strukturen keine Abgrenzung zu den rechtsextremistischen Akteuren stattfand. Es wurde – wie beispielsweise auch bei den Protesten in Chemnitz im Jahr 2018 oder bei den wöchentlichen Pegida-Veranstaltungen - als „normal“ empfunden, neben Extremisten zu demonstrieren. Damit schien das Kalkül der Rechtsextremisten aufzugehen, dass aus einem Gegeneinander bei Versammlungen ein zumindest räumliches Nebeneinander erwachsen kann. Ob hieraus ein politisches Miteinander werden kann, blieb im Berichtsjahr allerdings die große Frage.

II. REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

A. Personenpotenzial

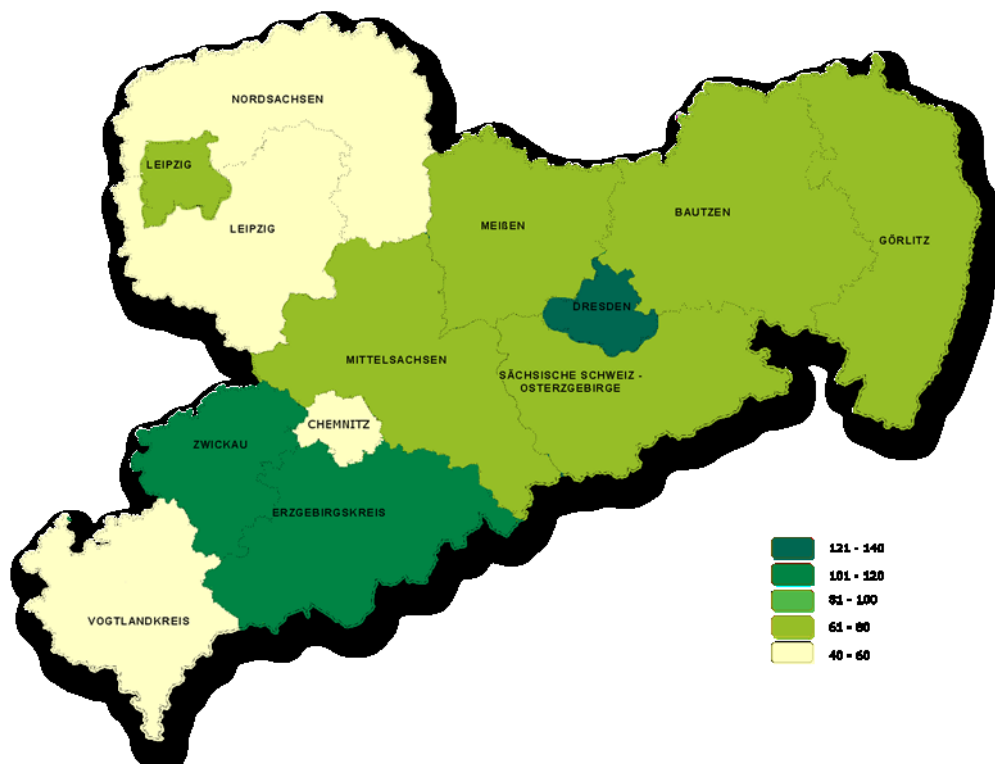
Der sehr heterogenen Szene der REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER im Freistaat Sachsen wurden im Berichtsjahr rund 1.050 Personen zugerechnet (bundesweit 20.000 Personen). Das sind in etwa 50 Personen mehr als im Berichtsjahr 2019 (bundesweit 19.000 Personen).

Der Anteil der Rechtsextremisten innerhalb dieses Spektrums betrug rund sieben Prozent, der Anteil der Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse 1,0 % (2019: 1,8 %).

Seit dem 1. Dezember 2016 wurden REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTERN – auch auf Grundlage der Erkenntnisse des LfV Sachsen – insgesamt 91 waffenrechtliche Erlaubnisse durch die Behörden entzogen.

Im Berichtszeitraum nahm die Zahl der Personen, die der Szene der REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTER zugerechnet werden, erstmals wieder leicht zu. Der Anstieg ist im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu sehen. Die fortdauernden Corona-Beschränkungen boten Verschwörungstheoretikern – also auch Reichsbürgern – einen ergiebigen Rahmen für das Ausleben ihrer kruden Theorien sowie für deren Verbreitung insbesondere auch in den sozialen Medien.

Die soziodemographische Struktur der Szene weist im Vergleich zu anderen extremistischen Phänomenbereichen Besonderheiten auf. So ist der Frauenanteil mit rund 30 % verhältnismäßig hoch. Wegen des deutlich höheren Altersdurchschnitts von rund 50 Jahren wird bei REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTERN auch von einer „Radikalisierung der zweiten Lebenshälfte“ gesprochen.



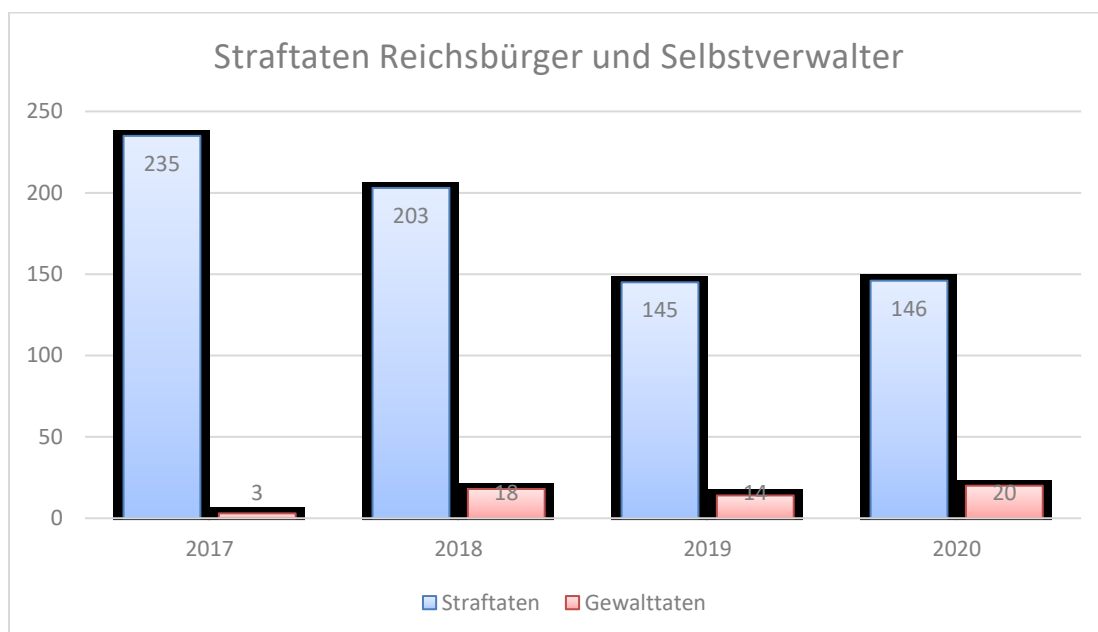
Der Bundesinnenminister hat am 19. März 2020 den Verein „Geeinte Deutsche Völker und Stämme“ und seine Teilorganisation „Osnabrücker Landmark“ verboten und aufgelöst. Erstmals wurde damit in der Bundesrepublik Deutschland eine Reichsbürgervereinigung verboten.

Vom Verbot betroffen waren auch zwei Personen aus dem Freistaat Sachsen, die Mitglieder der Vereinigung waren.

Durch die bekannt gewordenen Aktivitäten der überregionalen Gruppierung VATERLÄNDISCHER HILFSDIENST in Dresden und Leipzig sind die öffentlichen Aktivitäten von REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTERN insgesamt im Berichtsjahr erstmals wieder leicht angestiegen.

B. Straftaten

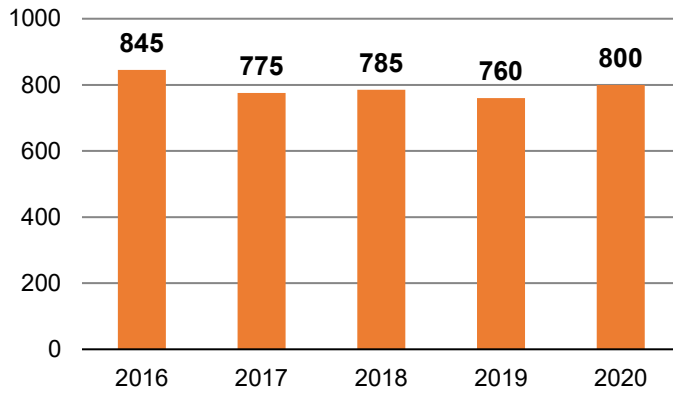
Das Straftatenniveau für den Berichtszeitraum blieb sowohl hinsichtlich der Quantität wie auch der Intensität auf gleichbleibendem Niveau. Im Berichtszeitraum begingen REICHSBÜRGER überwiegend die Straftat der Nötigung nach § 240 StGB. Tätliche Angriffe auf und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte nach §§ 114 Abs. 2 in Verbindung mit §113 StGB machten hingegen den Großteil der Gewaltdelikte aus.



III. LINKSEXTREMISMUS

A. Personenpotenzial

Linksextremisten im Freistaat Sachsen im Jahr 2020



Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen

insgesamt: ca. 800

(2019: ca. 760 / bundesweit 2020: ca. 34.300¹¹)

Gewaltorientierte Linksextremisten / AUTONOME 2020: ca. 465 2019: ca. 415	ANARCHISTEN und sonstige linksextremistische Gruppierungen 2020: ca. 225 ¹² 2019: ca. 205 ¹³	Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen 2020: ca. 110 2019: ca. 140
--	---	--

davon u. a.

ANARCHISTEN 2020: ca. 65 2019: ca. 45
ROTE HILFE e. V. (RH) 2020: ca. 500 ¹⁴ 2019: ca. 470 ¹⁵

¹¹ Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

¹² Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

¹³ Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

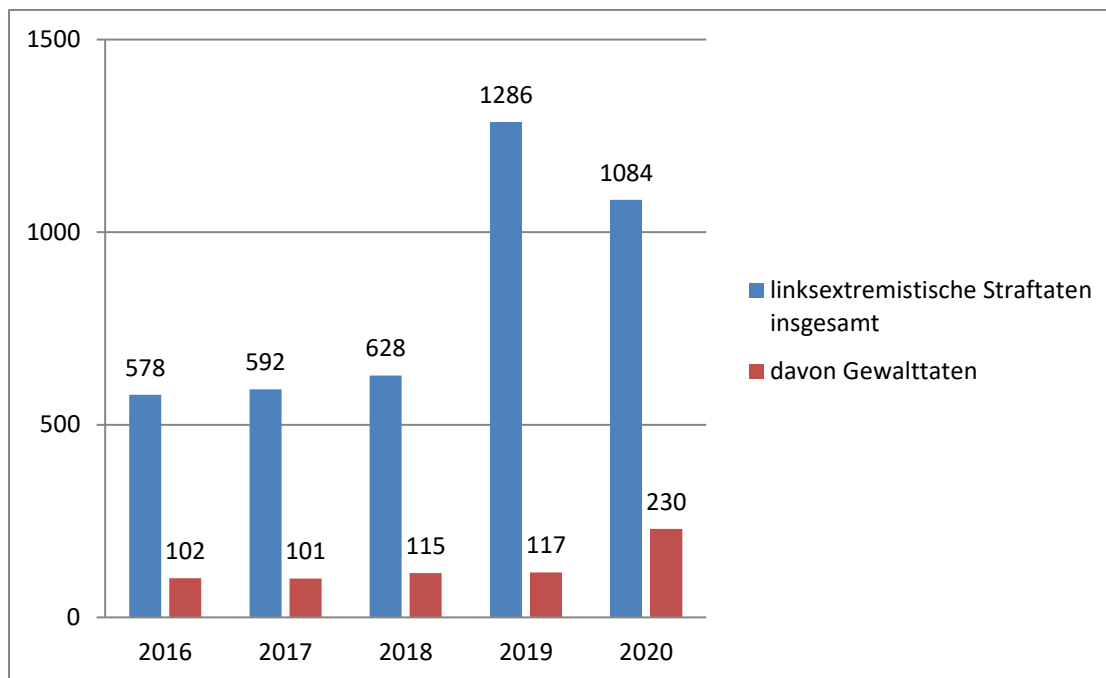
¹⁴ Mit Mehrfachmitgliedschaften. Das bedeutet die Mitgliedschaft einer Person in mehreren extremistischen Gruppierungen/Organisationen gleichzeitig

¹⁵ Mit Mehrfachmitgliedschaften.

In den Großstädten Leipzig und Dresden sind nach wie vor die weitaus meisten Linksextremisten aktiv. Der Anstieg des linksextremistischen Personenpotenzials ist vor allem auf den starken Zuwachs bei den gewaltorientierten Linksextremisten bzw. den AUTONOMEN um 50 auf nunmehr 465 Personen zurückzuführen. Sie machen damit 58 Prozent der gesamten linksextremistischen Szene im Freistaat Sachsen aus.

B. Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Die Gesamtzahl der linksextremistischen Straftaten im Freistaat Sachsen ist im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Demgegenüber hat sich die Zahl der Gewaltdelikte nahezu verdoppelt. Ihr Anteil am gesamten linksextremistischen Straftatenaufkommen im Berichtsjahr stieg auf etwa 21 % (2019: ca. 9 %).

Wie schon in den Vorjahren wurden die meisten der linksextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten in den Städten Leipzig und Dresden – den Zentren der AUTONOMEN SZENE in Sachsen – verübt. In allen Landkreisen war hingegen ein deutlicher Rückgang des Straftatenaufkommens zu verzeichnen.

Die linksextremistischen Straftaten lagen nur in Leipzig deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Dort richteten sich die meisten Straftaten gegen die Polizei sowie, insbesondere im zweiten Halbjahr, gegen die sog. „Querdenker“. In Dresden und Chemnitz hingegen war ein leichter Rückgang zu verzeichnen, was auf die coronabedingt rückläufige Entwicklung des öffentlichen Demonstrationsgeschehens vor Ort zurückzuführen ist.

In den drei Großstädten wurden etwa 82 % aller linksextremistischen Straftaten begangen (2019: ca. 61 %). Hauptsächlich handelte es sich hierbei um Sachbeschädigungen und Körperverletzungen. Verantwortlich für diese Entwicklung waren vor allem die Proteste gegen die „Querdenker“ sowie Reaktionen auf die Räumung besetzter Häuser.

Sehen sich Linksextremisten in ihren Freiräumen, d. h. in „ihren“ Stadtvierteln, bedroht, reagieren sie häufig mit Straftaten gegen die aus ihrer Sicht verantwortlichen Immobilienunternehmen oder beauftragten Baufirmen. Sowohl Räumungen in Dresden und Leipzig als auch in Berlin (Szeneobjekt „Liebig34“) veranlassten Linksextremisten zu Solidaritätsaktionen in Form von Straftaten. Dazu gehörten Sachbeschädigungen ebenso wie Brandstiftungen an Fahrzeugen und Gebäuden von Immobilienfirmen in Dresden und Leipzig.

Das Gewalttatenaufkommen entwickelte sich in den Großstädten unterschiedlich. In Leipzig und Dresden war jeweils ein Anstieg der Gewalttaten zu verzeichnen. In Chemnitz sank die Zahl hingegen erneut deutlich unter das Niveau des Vorjahres. Die meisten dieser Gewaltdelikte richteten sich gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole sowie gegen den politischen Gegner. Der Begriff des „politischen Gegners“ umfasst dabei auch die sog. „Querdenker“.

Der Anstieg der Gewaltdelikte ist ein Indiz dafür, dass für Linksextremisten Gewalt ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ist, mit dem Ziel, den politischen Willensbildungsprozess zu beeinflussen. Hervorzuheben ist die gestiegene Aggressivität bei der Begehung von Straftaten durch Teile der AUTONOMEN SZENE.

Diese Entwicklung kommt allerdings nicht überraschend, sondern zeichnete sich über mehrere Jahre hinweg ab. 96 % aller Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund wurden in Leipzig, Dresden und Chemnitz registriert (2019: ca. 85 %).

Straftaten, Aufteilung nach Regionen

	linksextremistische Straftaten			darunter Gewalttaten		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Leipzig (Stadt)	213	356	472	47	57	165
Dresden (Stadt)	144	348	335	26	33	53
<u>Region Westsachsen</u>						
Chemnitz-Stadt	104	86	78	25	10	2
Vogtlandkreis	6	30	12	1	2	0
Lkr. Zwickau	12	57	32	2	3	0
Erzgebirgskreis	11	24	14	0	0	0
<u>Region Mittelsachsen</u>						
Lkr. Mittelsachsen	14	74	30	0	2	1
Lkr. Meißen	19	77	16	0	2	0
Lkr. Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	11	34	4	1	0	0
<u>Region Ostsachsen</u>						
Lkr. Bautzen	14	49	29	1	3	1
Lkr. Görlitz	32	65	20	4	0	1
<u>Region Nordsachsen</u>						
Lkr. Leipzig	31	52	30	6	4	6
Lkr. Nordsachsen	117	34	12	2	1	1
Freistaat Sachsen	628	1268	1084	115	117	230

C. Wesentliche Entwicklungen im Berichtsjahr 2020 im Hinblick auf die AUTONOME SZENE im Freistaat Sachsen

Insgesamt hohes Aktionsniveau

Ähnlich wie im Vorjahr war das Berichtsjahr 2020 durch ein insgesamt hohes Aktionsniveau und eine hohe Aktionsintensität der AUTONOMEN SZENE gekennzeichnet. Nach gewalttätig verlaufenen Auseinandersetzungen in der Silvesternacht 2019/2020 sowie anlässlich einer Demonstration gegen das Verbot der Internetplattform „linksunten.indymedia“ in Leipzig am 25. Januar 2020 hatten die Beschränkungen des öffentlichen Lebens während der ersten Welle der Corona-Pandemie einen temporären Rückgang öffentlicher Aktionen in ganz Sachsen zur Folge. Mehrheitlich wurden Abstandsregelungen und Kontaktbeschränkungen auch durch Angehörige der AUTONOMEN SZENE befolgt.

Kampf um Freiräume und gegen die Polizei – Aktionsfelder „Antigentrifizierung“ und „Antirepression“ bestimmen Aktivitäten

Bereits seit Ende April 2020 ließ sich jedoch beobachten, dass insbesondere der Kampf um selbstbestimmte Freiräume sowie gegen den „staatlichen Repressionsapparat“ verstärkt zu öffentlichkeitswirksamen und teils gewalttätigen Aktivitäten von AUTONOMEN führte. So attackierten Tätergruppierungen im Bereich der Baustelle Bornaische Straße in Leipzig mehrfach Polizisten mit Steinen und Pyrotechnik. Sie errichteten Barrikaden aus Baustellenabsperungen und zündeten diese an, um damit vermeintlich Sanierungsmaßnahmen der Stadt sowie staatliche Repressionsmaßnahmen anzugreifen.

Hinzu kamen ganzjährig Aktivitäten von Hausbesetzern in Dresden und Leipzig. In Leipzig setzten die dreitägigen Ausschreitungen nach dem Ende der Besetzung des Objektes Ludwigstraße 71 („Luwi71“) ein bundesweites Signal der Stärke für die AUTONOME SZENE. Überregional wurde durch Nutzer in den sozialen Medien, die Bezüge zur AUTONOMEN SZENE aufweisen, positiv kommentiert, dass es in Leipzig offenbar möglich sei, Momente des unkontrollierbaren Chaos durch militantes Agieren vieler Kleingruppen zu stiften. Zu betonen ist, dass dabei nicht das Niveau der Gewaltausübung oder die angewandten Aktionsformen außergewöhnlich bzw. bis dato unbekannt waren. Es muss vielmehr als Achtungszeichen dieser SocialMedia-Nutzer verstanden werden, dass es der AUTONOMEN SZENE gelungen war, über drei Tage hinweg ein dreistelliges, überwiegend aus lokalen Kräften bestehendes Personenpotenzial für Ausschreitungen zu mobilisieren.

Aufgrund ihrer engen Vernetzung beteiligten sich sächsische AUTONOME darüber hinaus mehrfach an unfriedlich verlaufenen Protesten gegen die Durchsuchung oder Räumung von Szeneobjekten in Berlin. Polizeimaßnahmen gegen linksextremistische Objekte oder Gruppierungen in Berlin führten zudem regelmäßig zu Solidaritätsbekundungen in Leipzig und Dresden.

Anarchistische Autonome zunehmend enthemmt / Autonome Szene gespalten

Erneut zeichneten anarchistisch geprägte AUTONOME für diese Entwicklung verantwortlich. Die Loslösung einzelner Personen von etablierten Strukturen der AUTONOMEN SZENE birgt weiter die Gefahr, dass sich diese an keinerlei Absprachen mehr gebunden fühlen und kaum noch für Überlegungen, wie z. B. zur Vermittelbarkeit von Positionen oder der Zielgerichtetheit von militanten Aktionen, zu erreichen sind. Als besorgniserregend muss in diesem Zusammenhang die zunehmende Entthemtheit von Angriffen gegen Polizeibeamte gewertet werden, die sich im gesamten Berichtsjahr zeigte. Die permanente Attacke gegen „Bullenschweine“ wurde in Positionspapieren mit anarchistischen Ideologiefragmenten gerechtfertigt, und entsprechende

Aktionen wurden in den sozialen Netzwerken vielfach kommuniziert. Videos und Bilder von Brandanschlägen sowie von Angriffen auf Polizisten unter anderem in Chile, Griechenland oder Frankreich wurden von AUTONOMEN in Sachsen rezipiert. Das zugrundeliegende Konzept des „aufständischen Anarchismus“ mit seinen Leitideen der permanenten Attacke als revolutionäre Praxis und der kompromisslosen Verweigerung von Kooperationen oder Bündnissen traf jedoch innerhalb der AUTONOMEN SZENE nicht auf ungeteilte Zustimmung. Bestehende Konflikte zwischen Postautonomen und AUTONOMEN Gruppen, zwischen älteren und jüngeren Szeneangehörigen sowie zwischen eher anarchistisch und eher antifaschistisch ausgerichteten AUTONOMEN haben sich damit in Leipzig weiter verfestigt.

Szene nimmt Personenschäden billigend in Kauf

Gewalthandeln zeigte sich im Berichtsjahr darüber hinaus auch bei Personen, die dem Bereich der autonomen Antifa zuzurechnen sind. Mehrfach waren 2020 gezielte Angriffe teils mit Schlagwaffen gegen einzelne Personen zu beobachten, bei denen die Gefahr bleibender physischer und psychischer Schäden zumindest billigend in Kauf genommen wurde. So kam es bei Protesten gegen sog. Corona-Leugner am 21. November 2020 in Leipzig durch eine Tätergruppierung zu einem mutmaßlich linksextremistisch motivierten Angriff auf zwei Veranstaltungsteilnehmer der Querdenken-Versammlung, der als versuchtes Tötungsdelikt eingestuft wurde. Militante Übergriffe gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten konnten 2020 nicht nur in Leipzig, sondern darüber hinaus auch in Dresden und in Chemnitz beobachtet werden.

Angebliche „Faschisierung“ der Gesellschaft als Argument für Gewaltanwendung

Insgesamt scheinen im Berichtsjahr jene Kräfte innerhalb der AUTONOMEN SZENE gestärkt worden zu sein, die der Überzeugung sind, der „strukturellen Gewalt“ von Staat und Kapital mit Gegengewalt begegnen zu müssen. Nur mittels Gewalt hätten aus Sicht dieser Szeneangehörigen die Themen Mietsteigerungen und Luxussanierungen auf die politische Agenda der Stadt Leipzig gebracht werden können. Der Staat sei demnach auch nicht in der Lage oder willens, rechtsextremistischer Gewalt, wie z. B. im Rahmen der „Querdenker“-Demonstrationen wirksam zu begegnen. Die „Faschisierung“ der Gesellschaft nehme „extreme Ausmaße“ an, was sich unter anderem an „faschistischen Vernetzungen“ innerhalb der Sicherheitsbehörden des Staates zeige. So habe der Staat mit zahlreichen polizeilichen Ermittlungsverfahren, Durchsuchungsmaßnahmen und Festnahmen stärker als bislang die „radikale Linke“ bekämpft, hingegen im Bereich des gewalttätigen Rechtsextremismus nahezu keine Aktivitäten entfaltet. Diese sich „zuspitzende Repression“ rechtfertige Militanz und „antifaschistischen Selbstschutz“.

D. Linksextremisten und Corona

Linksextremisten hatten sich seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie intensiv mit dem Infektionsgeschehen, dessen sozialen Auswirkungen und den politischen Regulierungen beschäftigt. Dabei befanden sie sich in einer schwierigen Situation. Es war ihnen über das gesamte Jahr erkennbar nicht gelungen, anschlussfähige eigene Positionen gegen die Corona-Maßnahmen zu entwickeln.

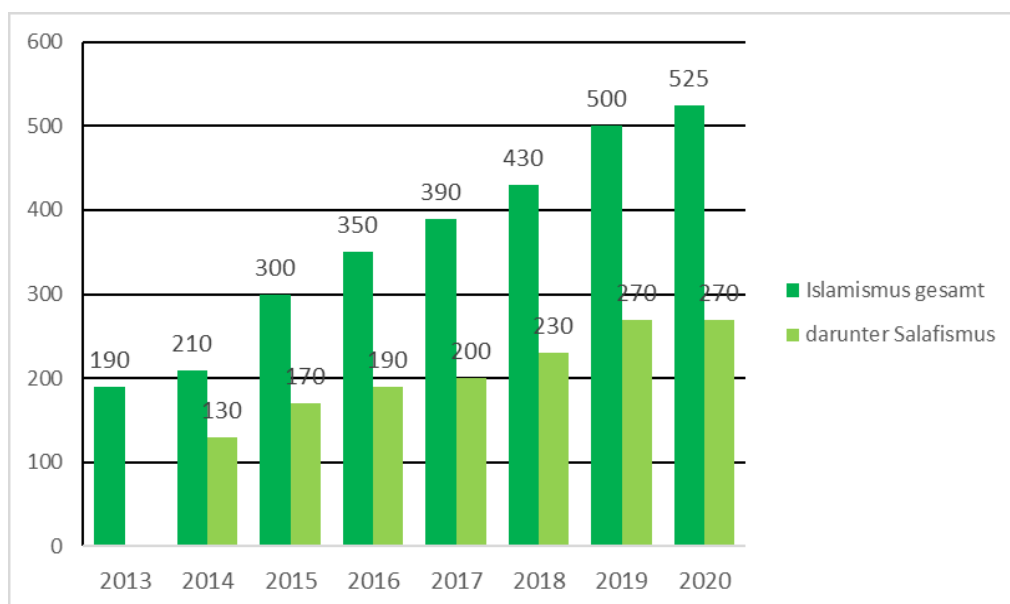
Sie reagierten ebenfalls kritisch auf die staatlichen Beschränkungsmaßnahmen. Mehrheitlich hielten Sie sich jedoch an die Corona-Schutzmaßnahmen, wenngleich eher aus basisdemokratischen Erwägungen und einem gesamtgesellschaftlichen Verantwortungsgefühl heraus und mitnichten aus Respekt vor dem Staat und seiner Verordnungen.

Mit Blick auf die von Linksextremisten organisierten Proteste gegen Aktionen von „Corona-Leugnern“ hatten sich deren Agitationsformen - die üblichen Handlungsfelder wie Antifaschismus, Antirepression und Antikapitalismus - sowie die Angriffsziele der linksextremistischen Szene nicht wesentlich geändert. Mit der Corona-Pandemie ergab sich lediglich ein weiterer Begründungszusammenhang, mit welchem Straftaten gerechtfertigt und Forderungen untermauert werden sollten. In diesem Kontext stand auch die Mobilisierung gewaltorientierter Linksextremisten, welche gezielt im Umfeld oder im Nachgang zu den Anti-Corona-Demonstrationen die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, wie der Polizei oder tatsächlichen wie vermuteten Rechtsextremisten, suchten. Hierbei kam es dann wie beispielsweise in Leipzig und Dresden zu teilweise schwersten Straf- und Gewalttaten.

IV. ISLAMISMUS

A. Personenpotenzial

Anzahl der Islamisten im Freistaat Sachsen¹⁶



Wie in den Vorjahren bewegt sich das islamistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen im Bundesvergleich auf niedrigem Niveau. Verglichen mit 2019 ergab sich im Berichtsjahr eine minimale Steigerung um fünf Prozent auf etwa 525 Personen. Diese gemäßigte Steigerung erklärt sich durch ein generell erhöhtes Erkenntnisniveau sowie auch durch eine verstärkte Aufklärungstätigkeit in diesem Bereich. Diese wiederum geht auf eine intensiviertere Vernetzung im Sicherheitsverbund zurück. Der Anstieg der letzten fünf Jahre lässt sich zudem auf Migrationsbewegungen aus dem arabischen Raum nach Sachsen zurückführen.

Auch das salafistische Personenpotenzial als Teilmenge des islamistischen Personenpotenzials stagnierte im Freistaat Sachsen mit etwa 270 Personen auf

¹⁶ Das salafistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen wird erst seit dem Jahr 2014 gesondert erhoben, sodass für die Jahre zuvor diesbezüglich keine Werte vorliegen.

vergleichsweise geringem Niveau. Es umfasst sowohl politische als auch jihadistische Salafisten.

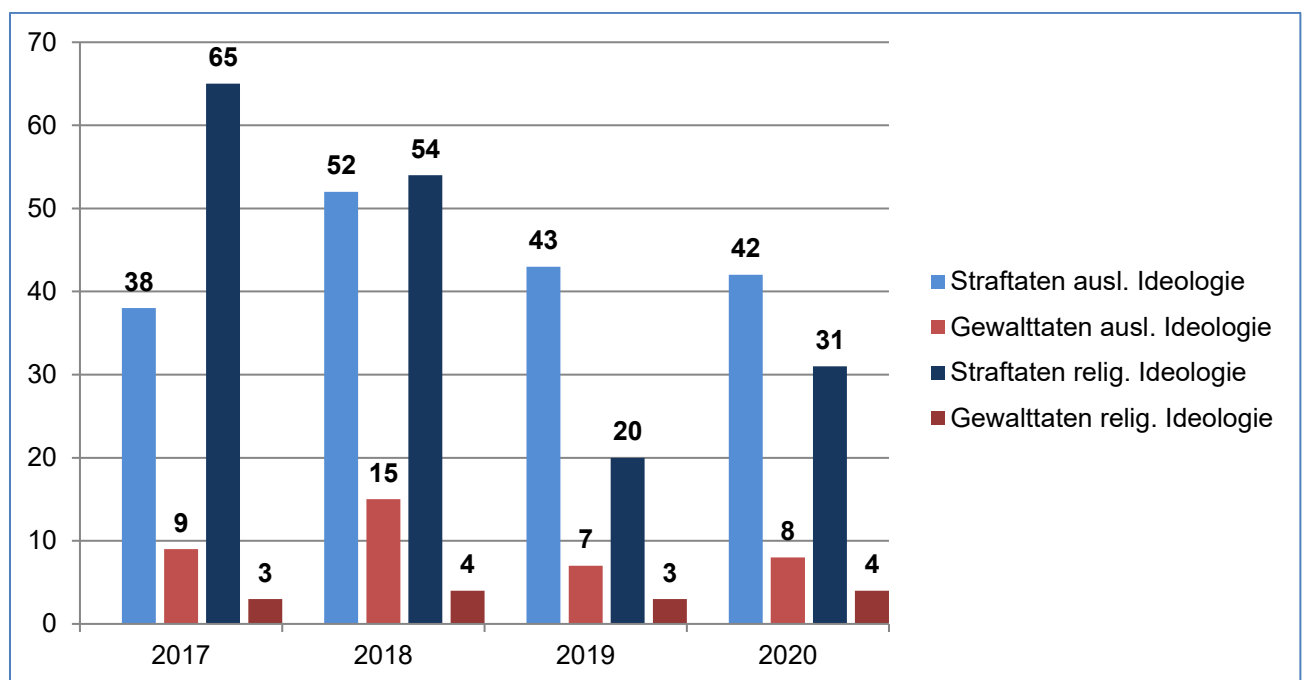
Im Berichtsjahr gingen im LfV Sachsen weiterhin zahlreiche Hinweise auf salafistische Sachverhalte ein. Die Spannweite reichte hierbei von Verleumdungen bis hin zu wertigen und relevanten Informationen. Die hohe Anzahl dieser Meldungen ist u. a. auf die stärkere Sensibilisierung deutscher Behörden wie auch der Gesellschaft im Allgemeinen zurückzuführen.

B. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten ausländische Ideologie und religiöse Ideologie

Der seit dem Jahr 2017 als „Ausländische Ideologie und religiöse Ideologie“ bezeichnete Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) ist im Vergleich zu den Straf- und Gewalttaten in den anderen extremistischen Phänomenbereichen im Freistaat Sachsen nur von marginaler Bedeutung. So machte dieser Bereich im Berichtsjahr lediglich etwas mehr als zwei Prozent des Gesamtaufkommens extremistischer Straftaten aus.

Im Jahr 2020 stiegen die Straftaten im Bereich ausländische und religiöse Ideologie um etwa 15 Prozent an (73 Straftaten). Grund war hier eine Zunahme im Bereich der religiösen Ideologie“, dazu gehört z. B. die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Die Zahl der Gewaltdelikte (zwölf) entsprach etwa dem Niveau des Vorjahres (2019: 10).



C. Erscheinungsformen des Islamismus und Aktivitäten

- **Legalistischer Islamismus**

In Deutschland – und damit auch im Freistaat Sachsen – tritt die MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB) nicht offen in Erscheinung, wird aber von Organisationen, wie der DEUTSCHEN MUSLIMISCHEN GEMEINSCHAFT (DMG), als Teil einer weltweiten „islamischen Bewegung“ angesehen. Eine weitere Organisation aus dem Spektrum der MB ist die SÄCHSISCHE BEGEGNUNGSSTÄTTE (SBS).

Die DMG ist die wichtigste und zentrale Organisation der Anhänger der MB in Deutschland. Bis September 2018 nannte sie sich ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND. Die Umbenennung in DEUTSCHE MUSLIMISCHE GEMEINSCHAFT soll die Verbundenheit ihrer Mitglieder mit Deutschland suggerieren.

- **DEUTSCHE MUSLIMISCHE GEMEINSCHAFT (DMG)**

Die DMG tritt gegenüber Politik, Behörden und zivilgesellschaftlichen Partnern als dialogbereiter Vertreter eines gemäßigten, weltoffenen Islam auf. Sie verfolgt eine gewaltfreie, an der MB-Ideologie ausgerichtete Strategie der Einflussnahme im politischen und gesellschaftlichen Bereich, vermeidet bei öffentlichen Auftritten bewusst verfassungsfeindliche Äußerungen und jedwedes Bekenntnis zur MB. Zahlreiche nach außen hin verschleierte Verbindungen zwischen hochrangigen DMG-Funktionären und namhaften ausländischen Muslimbrüdern verdeutlichen jedoch die Zugehörigkeit der DMG zum weltweiten MB-Netzwerk.³²⁷

Mit dieser Taktik verfolgt die DMG das Ziel, mittel- bis langfristig eine führende und im Sinne islamistischer Zielvorstellungen relevante Einflussgröße zu werden. Die DMG richtet sich somit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Die DMG unterhält eigene Moscheen und Gemeindezentren und koordiniert darüber hinaus nach eigenen Angaben ihre Aktivitäten mit über 100 weiteren islamischen Gemeinden in ganz Deutschland.³²⁸ In Sachsen ist die DMG nicht offiziell vertreten.

- **SÄCHSISCHE BEGEGNUNGSSTÄTTE GuG (SBS) / MARWA ELSHERBINY KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM DRESDEN E.V.**

Vorstand, alleinvertretender Geschäftsführer und somit Entscheidungsträger der SBS ist Dr. Saad ELGAZAR. Es liegen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass er der MB zuzuordnen ist. Die SÄCHSISCHE BEGEGNUNGSSTÄTTE GUG (SBS) hat ihren Hauptsitz unter der gleichen Anschrift in Dresden wie das MARWA ELSHERBINY KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM DRESDEN E.V., dessen Vorsitzender ebenfalls Dr. Saad ELGAZAR ist.

Es liegen daher Anhaltspunkte für Kontakte der SBS zur MB bzw. DMG vor.

Die SBS versteht sich als „multikulturelle und religionsübergreifende Einrichtung“ sowie als Bindeglied zwischen sächsischer Bevölkerung und „muslimischen Einwanderern“. Mit ihrer Hilfe soll diesen Migranten die Integration erleichtert werden. Durch zunächst seriös wirkende Angebote für Muslime versuchte die SBS, insbesondere im ländlichen Raum extremistischen Einfluss auf die islamische Gemeinschaft zu erlangen und die mit der Doppelstrategie („Wolf im Schafspelz“-Strategie) der MB oder der DMG einhergehenden extremistischen Ziele umzusetzen.

Die Nähe ELGAZARS zur MB bzw. zur HAMAS konnte auch im Berichtsjahr beobachtet werden. Im April verfasste und veröffentlichte er auf seiner Facebook-Seite einen anti-israelischen Artikel. Anlass dafür war zum einen der Gedenktag zur – laut islamischer Überlieferung – Änderung der Gebetsrichtung bzw. der Gebetsnische von der al-Aqsa-Moschee in Jerusalem zur Kaaba in Mekka im Jahr 624. Zum anderen thematisierte ELGAZAR die durch die Corona-Pandemie bedingte vorübergehende Schließung der al-Aqsa-Moschee im März durch israelische Behörden. ELGAZAR nutzte diese Ereignisse, um unter seiner Anhängerschaft eine anti-israelische Stimmung zu erzeugen. Die Schließung der Moschee sei *„eine einmalige Gelegenheit für die Regierung der zionistischen Entität, um ihren verbrecherischen Willen...durchzusetzen, während sich die ganze Welt mit den Nachrichten über die wilde Pandemie beschäftigt...“*. Des Weiteren leide die al-Aqsa...*„nicht nur unter der Corona-Pandemie, sondern auch unter mehreren aufeinanderfolgenden Epidemien, wie die Epidemie der Siedler, die mit Hilfe der Besatzungsspeere nicht aufhören, sie (die Moschee) zu stürmen...“*¹⁷.

Auffällig ist, dass ELGAZAR in seinem gesamten Artikel nicht von „Israel“ oder „israelischer Regierung“ schreibt, sondern ausschließlich Begriffe wie *„die zionistische Entität“*, *„Regierung der zionistischen Entität mit ihrem verbrecherischen Willen“* oder *„Siedler“* verwendet. Dieses Vokabular wird u. a. auch in der HAMAS-Gründungscharta von 1988 bzw. der HAMAS-Charta von 2017 verwendet. Es zielt darauf ab, die Existenz Israels zu leugnen sowie Hass auf Israel zu schüren.

Auf der anderen Seite führte ELGAZAR auch im Jahr 2020 vielfältige Gespräche mit Vertretern des öffentlichen Lebens, um diese von der Friedfertigkeit des Islam zu überzeugen. Außerdem nutzte er Auftritte in der Öffentlichkeit zu diesem Zweck. So war er am 31. Oktober einer von rund zehn Teilnehmern einer nicht-extremistischen Kundgebung unter dem Motto „Islam gegen Terrorismus“ in Dresden. Sie fand in Reaktion auf die Tötung eines Touristen durch einen Islamisten in der Landeshauptstadt statt.

Mit diesem Verhalten bediente er auch im Berichtsjahr die „Wolf-im-Schafspelz“-Strategie legalistischer Islamisten.

Zu Beginn des Jahres 2019 verkündete die SBS auf ihrer Website, dass sie das selbstgesteckte Ziel einer flächendeckenden Schaffung von Gebetsstätten erreicht und alle Aktivitäten eingestellt habe. Die einstigen SBS-Standorte in Leipzig, Riesa, Zittau, Meißen, Pirna und Görlitz sowie die Standorte in Brandenburg und Baden-Württemberg seien entweder geschlossen worden oder es hätten sich dort neue Vereine gebildet.

Ob die MB-nahe SÄCHSISCHE BEGEGNUNGSSTÄTTE GUG in Sachsen aber tatsächlich ihre Aktivitäten eingestellt hat, ist fraglich. Es ist nicht auszuschließen, dass die handelnden Personen unter anderen Strukturbezeichnungen weiter agieren, was wiederum der traditionellen Verschleierungsstrategie der MB entspräche.

Solange das MARWA ELSHERBINY KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM DRESDEN E. V. durch ELGAZAR geführt wird, ist davon auszugehen, dass seine Aktivitäten – verfassungskonform verschleiert – in Wahrheit solche der MB sind.

¹⁷ Auf der Facebook-Seite aufgerufen im Mai 2020

- **Politischer Salafismus**

Die salafistische Szene in Deutschland ist meist nur lose organisiert. Feste und formale Organisationsstrukturen sind weitgehend nicht vorhanden. Eine Ausnahme bilden örtliche salafistische Vereine, die als Träger salafistisch geprägter Moscheen tätig sind.

➤ **ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL-RAHMAN-MOSCHEE E.V.**

Sitz	Leipzig
Gründung	1995
Vorsitz	Hassan DABBAGH
Besucherzahlen	ca. 1000 (wobei die Mehrheit nicht dem salafistischen Spektrum angehört)

Den Schwerpunkt salafistischer Strukturen im Freistaat Sachsen bildet seit Jahren der Verein ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL-RAHMAN-MOSCHEE in Leipzig. Der Imam dieser Moschee, Hassan DABBAGH, ist ein überregional bekannter Multiplikator des politischen Salafismus in Deutschland.

Trotz DABBAGHS Distanzierung von religiös motivierten Terrorakten sind seine Äußerungen geeignet, die Bildung von Parallelgesellschaften außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fördern und mittelbar Hass und Gewalt zu schüren. So propagierte er im Berichtsjahr unter anderem, dass die „...*Könige und Präsidenten...*“ *ausschließlich nach Koran und Sunna urteilen und regieren sollen, sonst würde Allah „...die Probleme unter ihnen so stark machen, dass sie einander töten...“*¹⁸

Eine Gesamtschau seiner Argumentationsmuster zeigt zahlreiche für die salafistische Ideologie typische Merkmale und eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie. Bei DABBAGHS Zuhörern können auf diese Weise Ängste geschürt und Ressentiments gegenüber der deutschen Gesellschaft sowie der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hervorgerufen bzw. verstetigt werden. So werden Integrationsbemühungen unterlaufen, und einer Radikalisierung von Muslimen wird Vorschub geleistet.

Propagandaaktivitäten sind in Sachsen, ebenso wie im übrigen Bundesgebiet, das Hauptaktionsfeld der politischen Salafisten.

So verbreitete DABBAGH in seiner Funktion als Imam und Prediger der Al-Rahman-Moschee die salafistische Ideologie u. a. in den Freitagspredigten und dem fast täglich stattfindenden Unterricht in den Moscheeräumlichkeiten. Mit Beginn der Kontaktbeschränkungen im Zuge der Corona-Krise war der Zutritt für die Gläubigen in die Al-Rahman-Moschee nicht mehr möglich. DABBAGHS Freitagspredigten wurden bis März und die religiöse Unterrichtung in den Räumen der Al-Rahman Moschee bis Mai live über verschiedene soziale Netzwerke, wie z. B. Facebook, veröffentlicht. Unter dem Titel „Der Weg zum Wissen“ betreibt die Moschee ihren eigenen Facebook-Auftritt. Dieser wurde allerdings nur bis Mai aktiv genutzt.

¹⁸ <https://www.facebook.com/1863619750595613/videos/251561395848364> (abgerufen am 6. Januar 2021)

➤ **VOGTLÄNDISCH- ISLAMISCHES ZENTRUM – AL MUHADJIRIN E. V.**

Sitz	Plauen
Gründung	2008
Besucherzahlen	ca. 250 (wobei die Mehrheit nicht dem salafistischen Spektrum angehört, sondern ihren religiösen Pflichten nachkommt)

Ein weiterer salafistischer Schwerpunkt im Freistaat Sachsen ist die Al-Muhadjirin-Moschee in Plauen (Vogtlandkreis). Träger der Moschee ist der Verein Vogtländisch-Islamisches Zentrum – Al-Muhadjirin.

Schon seit Mitte 2017 wurde dort auch im Rahmen von Lehrstunden die salafistische Ideologie verbreitet. Die Predigten, Lehrinhalte und Koranauslegungen wurden bis Mitte 2018 zusätzlich auf einem eigenen YouTube-Kanal veröffentlicht.

In den Argumentationsmustern fanden sich zahlreiche, für die salafistische Ideologie typische Merkmale. In den Verlautbarungen wird die freiheitliche demokratische Grundordnung – insbesondere der Rechtsstaat – abgelehnt. Die Zuhörer wurden stattdessen aufgefordert, sich an die Scharia zu halten. Die Demokratie und eine säkulare Gesellschaft seien Gründe für den vermeintlichen Niedergang der islamischen Gemeinschaft (umma).

- ***Jihadistischer Salafismus***

Im Berichtsjahr 2020 ereignete sich in Sachsen erstmals ein islamistisch motivierter Anschlag. Am 4. Oktober wurde in Dresden ein Tourist aus Nordrhein-Westfalen getötet und sein Begleiter lebensgefährlich verletzt. Täter war der syrische Staatsbürger Abdullah A. H. H. Er war im Jahr 2015 nach Deutschland eingereist und wurde in Sachsen untergebracht.

In Deutschland hatte er sich islamistisch radikalisiert, wurde schließlich von den sächsischen Sicherheitsbehörden ermittelt und verhaftet. Im September 2018 wurde er vom Oberlandesgericht Dresden u. a. wegen der Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und weiterer Delikte zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Das Gericht hatte festgestellt, dass er als IS-Anhänger einen Anschlag in Dresden geplant hatte. Aufgrund verschiedener Delikte während der Haft verlängerte sich der Haftzeitraum auf drei Jahre und einen Monat.

Nach Verbüßung der vollständigen Haftstrafe wurde er am 29. September 2020 aus der Haft entlassen. Dies erfolgte unter verschiedenen richterlich angeordneten Auflagen. Auch wurde eine weitere Fallbearbeitung durch die Sicherheitsbehörden angeordnet.

Dennoch und obwohl Abdullah A. H. H. zuvor an Deradikalisierungsmaßnahmen teilgenommen hatte, kam es fünf Tage nach seiner Haftentlassung am 4. Oktober aus einer religiösen, homophoben Motivation heraus zu dem von ihm verübten Anschlag in Dresden. Durch Spurenauswertungen der Polizei konnte er als Täter ermittelt und am 20. Oktober festgenommen werden. Die Bundesanwaltschaft erhob Anklage wegen Mordes, versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung. Am 21. Mai 2021 wurde Abdullah A.H.H. vom Oberlandesgericht Dresden wegen Mordes in Tateinheit mit versuchtem Mord und mit

gefährlicher Körperverletzung unter Einbeziehung einer Geldstrafe zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

Wie in den Jahren zuvor erhielt das LfV Sachsen auch im Berichtsjahr eine Vielzahl von Hinweisen mit Bezug zum jihadistischen Salafismus. Die Spannweite reichte hierbei von unplausiblen Beschuldigungen bis hin zu wertigen Sachverhalten. Die Bearbeitung der Hinweise erfolgte in engem Austausch mit dem Landeskriminalamt (LKA) Sachsen, dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) sowie mit europäischen und internationalen Sicherheitsbehörden.

D. Islamismus und Corona

Auch auf den islamistischen wie ausländerextremistischen Bereich blieb die Pandemie nicht ohne Auswirkungen: Die Verfügbarkeit von potenziellen Anschlagzielen verringerte sich durch die Covid-Beschränkungen. Vor allem weiche Anschlagziele mit großen Menschenansammlungen oder normalerweise stark frequentierte Orte wie Konzerthallen, Bars, Festivals, Bahnhöfe oder Flughäfen fielen entweder weg bzw. aus, waren geschlossen oder wurden nur von wenigen Menschen aufgesucht. Dies schränkte die Handlungsmöglichkeiten potenzieller Attentäter ein, verringerte insgesamt jedoch nicht die Gefährdungssituation - wie die Messer-Attentate von Paris, Dresden und Nizza schmerzvoll zeigten.

V. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug

A. Personenpotenzial

In Sachsen konnten sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug aus dem Bereich der kurdischen PKK, also dem linksextremistisch-separatistischen Bereich, festgestellt werden. Ihr Potenzial bewegt sich seit Jahren – so auch im Jahr 2020 - bei konstant ca. 160 Personen. Auch Mitglieder und Anhänger der Nachfolge- und Nebenorganisationen der PKK zählen darunter.

Jedoch kann aufgrund des Mobilisierungspotenzials der PKK, das insbesondere abhängig von den politischen Entwicklungen in der Türkei ist, deren ständige Anhängerzahl deutlich überschreiten. Zu dem Kreis der Mobilisierten zählen regelmäßig auch Personen aus dem deutschen linksextremistischen Spektrum.

B. Strukturen der PKK im Freistaat Sachsen

Folgende der in Sachsen ansässigen und der PKK zugehörigen Organisationen zeigten auch im Jahr 2020 mit der Durchführung von Kundgebungen, Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen Präsenz:

- DRESDNER VEREIN DEUTSCH KURDISCHER BEGEGNUNGEN E. V.,
- UTA FRAUENRAT DRESDEN E. V.,
- TEWGERA CIWANAN SORESGOR DRESDEN (TCS) UND

- JXK/YXK (STUDIERENDE FRAUEN AUS KURDISTAN / VERBAND DER STUDIERENDEN AUS KURDISTAN; TEILORGANISATIONEN DER PKK) – LEIPZIG.

C. Aktivitäten der PKK im Freistaat Sachsen

Die PKK verfolgt mit ihren Aktivitäten weiterhin eine Doppelstrategie. Während sie auf dem Gebiet der Türkei terroristische Anschläge durchführt und Anhänger für den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat mobilisiert, nutzt sie Europa vorrangig als Rückzugs-, Finanzierungs- und Rekrutierungsraum. Die PKK und ihr Unterstützerkreis in Deutschland stellen sich als in der Türkei zu Unrecht verfolgte Regimegegner dar und versuchen so, ihr Ansehen zu verbessern und ihren Einfluss zu erhöhen.

Strategie und Aktionen der PKK zielen auf eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse im Heimatland ab und werden demzufolge entscheidend von der Situation in den kurdischen Siedlungsgebieten und den dortigen zentralen Organisationseinheiten geprägt.

Im Jahr 2020 bestimmten folgende Faktoren maßgeblich die Aktivitäten der PKK in Deutschland und somit auch im Freistaat Sachsen:

- Das Schicksal, insbesondere die Haftbedingungen des in der Türkei inhaftierten Anführers Abdullah ÖCALAN,
- das militärische Vorgehen des türkischen Staates in den kurdischen Siedlungsgebieten und
- die repressiven Maßnahmen der türkischen Regierung gegen die PKK und ihr nahestehende Organisationen und Parteien.

Schwerpunkte der Aktivitäten in Deutschland und Europa waren dabei Demonstrationen und Kundgebungen. Daneben initiierte die Organisation Podiumsdiskussionen, Unterschriftenkampagnen, Hungerstreiks und Mahnwachen. Auf diese Weise gelang es der PKK, ihre Anhängerschaft auch im Freistaat Sachsen zu mobilisieren. Unterstützt wurden die Aktivitäten durch deutsche Linksextremisten im Rahmen der „Kurdistanolidarität“ durch Hilfe bei der Mobilisierung für Veranstaltungen, der Teilnahme daran und der Berichterstattung im Internet. Besonders in den Großstädten Dresden und Leipzig kann eine strukturelle Vernetzung mit deutschen Linksextremisten festgestellt werden.

Alljährliche Großveranstaltungen, wie die zentralen Newroz-Feierlichkeiten, konnten im Berichtsjahr aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden. Dennoch gelang es den Dachverbänden und der PKK-Europaführung, regelmäßig für dezentrale Aktivitäten im Bundesgebiet zu mobilisieren.

VI. Spionage und Sabotage in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

Auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind zahlreiche ausländische Nachrichtendienste mit ganz unterschiedlichen Interessen aktiv. Hoch entwickelte Staaten wollen mithilfe ihrer Nachrichtendienste vor allem im politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb weiter Schritt halten oder sogar Wettbewerbsvorteile erzielen. Krisenländern geht es beim Einsatz ihrer Nachrichtendienste in politischer Hinsicht um die Aufklärung und Unterwanderung von Oppositionsgruppen, deren Mitglieder in Deutschland leben. In wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht entwickeln diese Länder vor allem proliferationsrelevante Aktivitäten.

Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Mächte galten auch im Jahr 2020 der Beeinflussung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in Deutschland. Vor allem die Nachrichtendienste der Russischen Föderation und der Volksrepublik China sind in diesem Zusammenhang im Freistaat Sachsen aktiv.

Das Portfolio eingesetzter Mittel ist vielfältig und kann von dem bereits aus der Vergangenheit bekannten Einsatz von Einflussagenten über den zielgerichteten Aufbau und die Pflege von Kontakten zu Multiplikatoren in Politik und Wirtschaft, über regelrechte Propagandaoffensiven und dem damit verbundenen Versuch der Instrumentalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen bis hin zu Einflussnahmeaktivitäten in der Wirtschaft reichen.

So erregten chinesische Versuche der Einflussnahme auf die deutsche Wirtschaft durch Direktinvestitionen besondere Aufmerksamkeit. Gezielte chinesische Firmenbeteiligungen in ausgewählten Schlüsselbranchen im Ausland sind erklärter Bestandteil der Industriestrategie „Made in China 2025“ und machen auch vor dem Freistaat Sachsen keinen Halt. In die Prozesse der staatlichen Direktion von Investitionen staatlicher, halbstaatlicher und privater chinesischer Unternehmen sind auch Nachrichtendienste eingebunden.

Das LfV Sachsen hatte im Berichtsjahr keine Hinweise auf spionagerelevante Sachverhalte im Medizin- und Gesundheitsbereich (insbesondere im Zusammenhang mit Covid 19-Erkrankungen und –Behandlungen), die auf Aktivitäten fremder Nachrichtendienste zurückzuführen waren.

Der Verfassungsschutzverbund sensibilisierte proaktiv potenziell Betroffene. Analysen und Handlungsempfehlungen wurden dabei in anonymisierter Form an diese verteilt, verbunden mit dem Angebot weiterer Unterstützung.

Weitere Informationen:

- Der vollständige Verfassungsschutzbericht 2020 ist ab dem 5. Oktober 2021, 13.00 Uhr, im Internet unter www.verfassungsschutz.sachsen.de abrufbar.
- Zu einem späteren Zeitpunkt ist der Bericht darüber hinaus auch als Druckexemplar verfügbar.